



BürgerInnenbrief

19. Dezember 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

ESSO-Erschütterung +++ Scholz & GroKo +++ Hartz-4-Proteste +++ Soziales Wandsbek +++ Altonaer Manifest

Liebe Leserinnen und Leser,



Übers Wasser gehen – auch 2014 mit links! (Foto: C. Hannen)

ein arbeitsreiches Jahr geht dem Ende entgegen, Anlass also, noch einmal kurz zurück, aber auch schon voranzuschauen.

An den Grundproblemen der Stadt hat sich auch im verflossenen Jahr nichts wirklich geändert. Die Arm-Reich-Schere geht weiter auf, bei uns und in der Welt. Die Ankündigung der SPD im Wahlkampf, den Reichen über eine veränderte Steuergesetzgebung etwas zu nehmen, hat sich in der Koalitionsvereinbarung mit der CDU/CSU in Luft aufgelöst. Im Gegenteil, wir werden im kommenden Jahr mit stärkeren Belastungen der Bevölkerung, mit weiterem Sozial- und Kulturabbau zu tun haben. Hamburgs Wohnungsnot und der Mietenwahnsinn, sie werden weder durch den SPD-Senat noch durch die neue Bundesregierung nachhaltig abgebaut werden. Der jüngst veröffentlichte Mietenspiegel, die hohe Zahl der aus der Bindung ausgelaufenen Sozialwohnungen, der wachsende Mangel an günstigem Wohnraum, all das wird uns auch im kommenden Jahr weiter begleiten. Von all diesem ist im neuen BürgerInnenbrief einiges zu lesen, vielleicht

nicht gerade eine gemütliche Bettlektüre, aber aus unserer Sicht notwendige Anmerkungen zur gesellschaftlichen Entwicklung unserer Metropole.

Wir blicken gespannt auf das Jahr 2014, in dem sich DIE LINKE bei den Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen und zum Europäischen Parlament am 25. Mai bewähren muss. Und uns stehen ab September die Verhandlungen über den Doppelhaushalt 2015/2016 ins Haus, gefolgt von den Bürgerschaftswahlen im Februar 2015. Wir sind für diese Auseinandersetzungen gerüstet, haben eine Reihe von wichtigen Impulsen gesetzt und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit den Bewegungen und Initiativen dieser Stadt und nicht zuletzt die Treue unserer Leserinnen und Leser.

Wir wünschen allen einen schönen Jahreswechsel und melden uns Mitte Januar mit dem nächsten BürgerInnenbrief zurück.

Heike Sudmann und Tim Golke als HerausgeberInnen,
Michael Joho, Marion Fisch, Gerd Siebecke
und Bernhard Müller vom Redaktionsteam

ESSO-Häuser: Lebensgefährliche Spekulation



Die ESO-Häuser am Spielbudenplatz, November 2013 (Foto: wikipedia)

Am vergangenen Wochenende wurden die ESSO-Häuser geräumt, weil Erschütterungen in den Gebäuden gemeldet worden waren. Die MieterInnen mussten innerhalb kürzester Zeit die Gebäude verlassen und wurden in einer Turnhalle behelfsmäßig untergebracht. Mit dieser dramatischen Entwicklung hat die Geschichte um die ESSO-Häuser einen weiteren traurigen Höhepunkt erreicht. Die beiden VermieterInnen, erst die Familie Schütze, jetzt die Bayerische Hausbau, haben jahrzehntelang munter die Mieten kassiert, aber nichts für den Erhalt der Gebäude unternommen. In dieser attraktiven Ecke von St. Pauli ist es viel gewinnbringender, auf die Unbewohnbarkeit und den Abriss der Häuser zu spekulieren, als den MieterInnen ein sicheres Dach über den Kopf zu gewähren. Diese unverschämte Spekulation darf jetzt nicht mit einem lukrativen neuen Bebauungsplan für die Bayerische Hausbau belohnt werden.

Auch die Stadt hat sich in dieser Sache nicht mit Ruhm bekleckert. Mitte dieser Woche wird der Senat Fragen der Linksfraktion beantworten müssen, was er für die langfristige Sicherung der Häuser getan hat (s. Drucksache 20/10244).

Rote Flora verteidigen! ESSO-Häuser durchsetzen!

Gegen rassistische Zustände! Bleiberecht für alle!
Bundesweite Demonstration

**Samstag, 21.12.2013, 14.00 Uhr,
Achidi-John-Platz 1, Rote Flora**

Aufruf und Infos über die Demo:

<http://florableibt.blogspot.de>

Aufruf und Infos zum Recht-auf-Stadt-Block: <http://www.rechtaufstadt.net/recht-auf-stadt/aufruf-recht-auf-stadt-kennt-keine-grenzen>

Auf der bundesweiten Demonstration für den Erhalt der Roten Flora am Samstag, 21. Dezember, zu der auch DIE LINKE, Landesverband Hamburg, aufruft, wird es auch darum gehen, den Protest gegen die Spekulation um die ESSO-Häuser laut und stark zu äußern. Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir die Presseerklärung der Initiative ESO-Häuser.

Kaputtbesitzen darf sich nicht lohnen!

Das Resultat von Profitstreben und mangelnder Verantwortung: ESSO-MieterInnen verlieren ihr Zuhause, Gewerbetreibende stehen vor dem Nichts

Hamburg, 18.12.2013: Die Initiative ESSO-Häuser erklärt: Der gewinnorientierte Umgang mit Wohnraum hat Menschenleben gefährdet. Der Zustand der ESSO-Häuser wurde in Kauf genommen, um teurer, größer, profitträchtiger neu bauen zu können. Die Hamburger Politik muss ein Signal setzen – jetzt!



Wir fordern:

1. Praktische und psychosoziale Unterstützung, Rückkehrrecht zu gleichen Konditionen und finanzielle Entschädigung für alle MieterInnen, insbesondere für betroffene GewerbemieterInnen, durch den Eigentümer der ESO-Häuser.
2. Radikales Umdenken in der Planung und Verantwortung für eine Neubebauung: Eine am Gemeinwohl orientierte, öffentlich ausgehandelte und zu St. Pauli passende Lösung muss her. Berechnungen von Wohnungsbauexperten belegen: 100% geförderter Wohnraum und günstige Gewerbemieten sind hier möglich. Keine Belohnung von Abrisspekulationen durch maßgeschneiderte Bebauungspläne für den Investor!
3. Eine transparente Offenlegung der statischen Untersuchungen und ihrer Ergebnisse. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was die tagelangen Untersuchungen in den Häusern ergeben haben, auf deren Grundlage nun der Abriss der Häuser enorm beschleunigt werden soll.



Pressekonferenz der ESSO-Ini (Olaf Sobzak)

Weit über hundert Menschen haben in dieser Woche auf St. Pauli innerhalb von Minuten ihr Zuhause oder ihr Einkommen verloren. Ihre Sicherheit stand auf dem Spiel. Diese Situation ist keine Naturkatastrophe. Sie wurde in Kauf genommen:

- von den Vorbesitzern der Gebäude, die über Jahrzehnte nicht ausreichend in die Instandhaltung investiert haben – das ist über Gutachten belegt – und denen das städtische Grundstück 1997 trotzdem überlassen wurde,
- von dem aktuellen Eigentümer, der Bayerischen Hausbau, die die Häuser 2009 schon mit der Absicht übernommen hat, sie abzureißen,
- von Politik und Verwaltung, die ihrer Aufsichtspflicht im Rahmen der Wohnungspflege nicht nachgekommen sind.

Was an den ESSO-Häusern und für ihre BewohnerInnen versäumt wurde, ist ein Super-GAU für die Wohnungspolitik und für den Stadtteil St. Pauli. Doch mit der von der Bayerischen Hausbau geplanten Zukunft wird es nicht besser: Klotziger Gewerberiegel mit dreifacher Baumasse, zwei Drittel der Neubauwohnungen sollen hochpreisige Miet- bzw. Eigentumswohnungen werden. Das heißt: Schluss mit Kiez an dieser Stelle, Schluss mit kleinteiligem Gewerbemix und mit einer bunten, vielfältigen Bevölkerung.

Die städtische Politik hat es nun in der Hand!

- Sie kann der Bayerischen Hausbau einen neuen Bebauungsplan verweigern. Es gibt ja schließlich einen gültigen.
- Sie kann 100% preiswerten Wohnungsbau durchsetzen. Das ist es, was St. Pauli fehlt! Wir haben Berechnungen von Wohnungsbauexperten, die belegen: Dies ist möglich!
- Sie kann gemäß § 14 GG (Sozialbindung des Eigentums) und auf Grundlage der Sozialen Erhaltungsverordnung im Bezirk eine gemeinwohlorientierte Planung und Neubebauung veranlassen.

Die Bayerische Hausbau kann

- hier auf St. Pauli einfach kostendeckend statt profitorientiert bauen, die finanzielle Stärke dazu hat sie.
- sich als sozialer Akteur profilieren statt als gieriger Ausschlichter, was den Umgang mit den MieterInnen und Gewerbetreibenden angeht: Garantiertes Rückkehrrecht, keine Verteuerungen!
- die Situation als Chance sehen, um einen verbindlich-kooperativen, öffentlichen Planungs- und Bebauungsprozess einzugehen, und somit eventuell doch noch vom Problemfall zum Vorbild werden.

Sollte das Immobilienunternehmen diesen Weg nicht einschlagen wollen, muss ihr das Grundstück im Sinne des Gemeinwohls entzogen werden!

Die Initiative ESSO-Häuser

- wird die Mieterinnen und Mieter nicht alleine lassen.
- wird die Auseinandersetzung weiterführen – die Phase 2 ist eingeläutet.
- wird sich in den Stadtteil vergrößern – der Prozess läuft schon.
- wird für kommenden Samstag unter dem Motto »Kaputt-sanieren darf nicht belohnt werden! Das ESSO Häuser Areal in öffentlich-genossenschaftliche Hand!« mit zur bundesweiten Demonstration der Roten Flora aufrufen.
- und sie wird in den nächsten Wochen zu einer großen öffentlichen Versammlung einladen.

Der Bürgermeister und die GroKo

Von Joachim Bischoff

Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz hat das klare Votum der SPD-Mitglieder für eine gemeinsame Regierung mit der Union als Erfolg gewertet. Das Ergebnis zeige, dass die überwiegende Mehrheit der SPD-Mitglieder den Koalitionsvertrag als gutes Verhandlungsergebnis werte. Der Bürgermeister begrüßt folglich den ausgehandelten Koalitionsvertrag: »Ich glaube, das ist ein ordentlicher Koalitionsvertrag... Wir werden vier Jahre eine Regierung begleiten, die auch viele Gesetze auf den Weg bringen wird, die Hamburg und den Bürgerinnen und Bürgern nützen.«

Scholz hat sich innerparteilich seit dem schlechten SPD-Ergebnis bei den Bundestagswahlen für eine Große Koalition eingesetzt. »Weil es für Rot-Grün nicht gereicht hat, haben wir uns auf Koalitionsverhandlungen mit der Union verständigt – und dabei viel erreicht. Etwa den Mindestlohn, mehr Geld für die Infrastruktur und einen klugen Pfad für die Energiewende. Das Ergebnis der Verhandlungen ist aus Sicht der gesamten Parteiführung gut.« Besonders beliebt gemacht hat sich der Bürgermeister in der Partei mit seinem entschiedenen Engagement für die Große Koalition nicht. Die Zustimmung war ein miserables Stimmresultat bei den Bestätigungswahlen zum SPD-Bundesvorstand.

Der Nutzen aus dem Koalitionsvertrag für die Hamburger BürgerInnen wird sich in Grenzen halten. Die Koalitionäre haben in dem umfassenden Vertrag neben vielen politischen Allgemeinplätzen auch einige Schlüsselreformen (Mindestlohn, Re-Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, solidarische Rente, Mütterrente, Mietpreisdeckelung etc.) verabredet, um die soziale Balance im Land zu verbessern und weiteren BürgerInnen eine Verbesserung des Lebensstandards zu ermöglichen.

Mit der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns wird ein wichtiger Schritt in Richtung Einschränkung der Lohnspreizung getan. Die Arbeit der heutigen NiedrigstlöhnerInnen würde aufgewertet und die Tendenz der Entwertung von Lohnarbeit unterbunden. Durch den Mindestlohn wird die Lohnspreizung reduziert und für das gesamte Lohngefüge sind Wirkungen nach oben zu erwarten. Gleichzeitig wird aber die umverteilende Wirkung auf Haushaltsebene nur zu geringfügigen Verbesserungen führen. Ein Mindestlohn reduziert weder signifikant die Armut noch die Einkommensungleichheit insgesamt – selbst wenn er sehr hoch angesetzt wird. Die begrenzten Effekte sind keine Einwände gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; verdeutlicht werden soll, dass die Einführung durch eine Reihe arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen unterstützt werden müsste.

Der von Koalitionären geplante Mindestlohn von 8,50 Euro wird erst im Jahr 2017 seine volle Wirkung entfalten; außerdem besteht Skepsis bei den flankierenden Maßnahmen. Die Große Koalition hat auf eine generelle Bekämpfung der sozialen Ungleichheit verzichtet. Die kleineren Verbesserungen bei den Renten bewirken eher bescheidene Korrekturen bei der Tendenz zur weiteren Absenkung des Rentenniveaus und einer damit programmierten Altersarmut. Bei der Finanzierung des Gesundheitssystems sollen die Unternehmen auf Kosten der privaten Haushalte entlastet werden. In der Arbeitsmarktpolitik will man zwar etwas mehr Geld ausgeben als in den letzten Jahren, aber die Kürzungen der Mittel bei der Bundesagentur für Arbeit und den Arbeitslosen werden dadurch nicht rückgängig gemacht. Bei den dringend nötigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in den Um-

bau der Wirtschaft (dazu gehört auch die Energiewende) sind die angedachten Summen eher bescheiden. Es gibt Verbesserungen – vier Milliarden mehr für die Pflege, sechs Milliarden mehr für die Bildung, fünf Milliarden mehr für Infrastruktur, fünf Milliarden mehr für Kommunen. Aber auch diese prioritären Maßnahmen stehen unter Haushaltsvorbehalt und dem Druck der Schuldenbremse.

Das Regierungsprogramm der Großen Koalition wird das selbst gesteckte Ziel einer breiteren Beteiligung am gesellschaftlichen Wohlstand nicht einlösen. Die anhaltende Schereentwicklung bei den höheren und niedrigen Einkommen wird zudem die ökonomisch-soziale Labilität des Akkumulationsregimes verstärken. Bestenfalls wird in der gesamten Regierungsperiode das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt um 1% zulegen. Sollten hingegen diese bescheidenen Wachstumsaussichten durch konjunkturelle Einbrüche oder eine Abwärtstendenz im fortbestehenden Krisenmodus überlagert werden, wird das politische Bündnis einer extremen Belastungsprobe unterzogen.

Für Hamburg gibt es zusätzliche Mittel durch die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und eine vorgesehene Finanzierung der Aufgaben für Integration. Fortgeführt werden die Zuschüsse für große Verkehrsinvestitionen und die soziale Stadtentwicklung. Wichtig sind für die Hansestadt die Reformen im Bereich der Wohnungspolitik. Die Immobilienbranche schimpft über die kleineren Verbesserung bei der Mietenpreisentwicklung. Entgegen der häufig geäußerten Einschätzung dürfte die Deckelung der Neuvertragsmieten für den Wohnungsneubau kaum Auswirkungen haben. Einerseits, weil die Mieten in den ersten Verträgen bei Neubauten weiterhin frei verhandelbar bleiben und der vereinbarte Mietzins bei Wiedervermietung nicht gesenkt werden muss. Andererseits, weil die Regelung mit ihrer Befristung auf die kommenden fünf Jahre im Bereich der Immobilieninvestitionen eher die kurze Frist betrifft. Allerdings wird mit der Deckelung der Neuvertragsmieten das Symptom der Wohnungsknappheit behandelt. Das eigentliche Problem – den fehlenden Wohnraum und die zu geringe Bautätigkeit – wird man mit diesem Instrument nicht lösen.

Auch die angestrebte Verbesserung der Kommunalfinanzen wird sich in engen Grenzen halten. Unterm Strich wird also aus dem Vertrag der Großen Koalition wenig Positives für die Hamburger BürgerInnen herauskommen.

Und politisch? Bürgermeister Scholz tritt weiter dafür ein, dass die SPD das sozialliberale Erbe antreten sollte: Die FDP habe dieses Erbe längst vergessen. Diejenigen, die sozialliberal denken, müssten sich als WählerInnen und als Mitglieder bei der SPD gut aufgehoben fühlen. Die SPD könne eine neue Heimat für viele Liberale werden, die von der FDP enttäuscht sind.

Zumindest zu Beginn der Wahlperiode färbt das entspannte politische Klima der schwarz-roten Koalitionäre für den Alltagsbetrieb in der Hansestadt nicht ab. Die CDU-Opposition lässt an der SPD-Politik kein gutes Haar. CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich greift den Bürgermeister scharf an. »Wir haben 2013 kein einziges Highlight der politischen Gestaltung



Fehlendes Highlight? (C. Hannen)

erlebt.« Wenn man Bilanz ziehe, müsse man sich fragen, was von diesem Jahr bleibe. »Die Energiewende ist vermurkst, das ganze Konzept von Olaf Scholz ist im Volksentscheid gescheitert. Das Busbeschleunigungsprogramm belastet nur alle, dazu kommt die Gartenschau-Pleite... Viele teilen den Eindruck, dass er sich in Berlin als großer Gestalter präsentiert, aber in Hamburg gar nicht mehr richtig vorkommt... Das mag seinen Leidenschaften entsprechen, aber er ist eben nicht Bundesminister, sondern Hamburger Bürgermeister.« Dass der Bürgermeister auf Bundesebene aufgeblüht sei und einen zentralen Part im politischen Theater übernommen habe, ist wohl eher ein Provinzblick.

Und was heißt dies für eine rot-rot-grüne Handlungsperspektive? Scholz spricht deutlich aus, dass er eine Koalition mit der LINKEN auf Bundesebene auch in Zukunft für unwahrscheinlich hält. »Ich bin skeptisch, dass die Partei Die Linke den notwendigen Kurswechsel vollzieht und regierungsfähig werden wird.« Die Linkspartei müsse ihre Programmatik »grundlegend verändern, wenn sie das Land mitgestalten will«. Sie müsse verstehen, dass »die Unternehmen vernünftige Rahmenbedingungen benötigen, um zu wachsen und Arbeitsplätze zu schaffen«. Wenn sich die Führung dieser Partei nicht traue, den Konflikt mit einem Teil ihrer Mitglieder zu riskieren, »verbaut sie sich alle Perspektiven«. »Es geht um ernsthafte, klare Politik für die größte Volkswirtschaft Europas.« Außerdem bemängelt Scholz den Umgang der Linkspartei mit ihrer SED-Vergangenheit: »Die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte ist in der Partei Die Linke nicht immer so, wie man das erwarten darf«. »Die Frage bewegt immer noch viele in meiner Partei.«

Ja, das stimmt ohne Zweifel – es geht um Politik und Zukunftsperspektiven für die Berliner Republik wie für die Freie und Hansestadt Hamburg. Wenn Scholz hier eine komplette Mutation zu einer zweiten Sozialdemokratie von der LINKEN einfordert, dann ist dies eher die Ankündigung der Fortführung des bisherigen Ausgrenzungskurses. Für Berlin wie für Hamburg gilt, dass die Alternativen für eine zukunftsorientierte Politik deutlich gemacht werden müssen. Es bringt DIE LINKE nicht weiter, wenn sie sich wie Scholz auf abstrakte Ab- und Ausgrenzungsrituale einlässt. Die politische Auseinandersetzung muss darum geführt werden, dass sich beispielsweise im Koalitionsvertrag auf Bundesebene keine Punkte finden, die wirklich eine Zurückdrän-

gung der Armut einleiten könnten. Es ist kein Zufall, dass der Koalitionsvertrag nur kurz das Problem der Sanktionen gegen Hartz IV-EmpfängerInnen streift, ohne Alternativen anzudeuten. Was sich in Deutschland für Hartz-IV-Geld kaufen lässt, ist »soziokulturelles Existenzminimum«, das gleichwohl durch Sanktionen unterlaufen werden kann. Zur Sicherung des sozialen Existenzminimums und zur Vermeidung von Altersarmut veranschlagt der Paritätische Wohlfahrtsverband

einen zusätzlichen Bedarf von gut 6 Mrd. jährlich – das wären 24,5 Mrd. bis zum Ende der Legislaturperiode. Die gibt es nicht von einer schwarz-roten Regierung und – das lässt sich den Aussagen des Bürgermeisters entnehmen – daher müssen wir uns auch in Hamburg mit den trostlosen Verhältnissen abfinden. Scholz will die vielen Gesetze aus Berlin begleiten, Aufgabe der LINKEN kann sein, die Kritik zu Alternativen zu verdichten.

Es gibt noch viel zu tun gegen die Sanktionen!

von Tim Golke



Foto: altonabloggt.wordpress.com

Die Petition zur Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen (SGB II und SGB XII) ist erfolgreich unterstützt worden – wie geht es jetzt weiter und was ist in Hamburg zu tun?

Die zurzeit zwangsweise beurlaubte Jobcenter-Mitarbeiterin aus Hamburg-Altona, Inge Hannemann, hat am 23. Oktober eine Petition zur Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen im Bereich Hartz-IV und der Grundsicherung/Sozialhilfe beim Bundestag eingereicht (Petition Nr. 46483). Diese Petition hat die erforderliche Mindeststimmzahl von 50.000 erreicht und es wird daher im Petitionsausschuss eine öffentliche Anhörung geben. Inge Hannemann wird so die Gelegenheit haben, den Abgeordneten des Bundestages die unwürdige Sanktionspraxis darstellen zu können.

In der Begründung der Petition hatte Inge Hannemann ausgeführt, dass die Sanktionen und Leistungseinschränkungen das Recht auf die Absicherung des zwingend gesetzlich festgelegten soziokulturellen Existenzminimums verletzen.

Wem ganz oder teilweise die Grundsicherungsleistung gestrichen würden, dessen Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sei bedroht.

Die Partei DIE LINKE, die Erwerbslosen- und viele andere soziale Bewegungen sowie vor allem linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben die Petition von Inge Hannemann zur Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen bundesweit, aber gerade auch hier in Hamburg tatkräftig unterstützt. Auch Abgeordnete der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE haben vor Jobcenter-Standorten in Hamburg Unterschriften für die Petition gesammelt, weil auch wir eine Gesellschaft ohne die Androhung der Verweigerung von Mitteln zur Existenzsicherung und gesellschaftlichen Teilhabe haben wollen – eine Gesellschaft ohne Angst, in der Menschen nicht Willkürgesetzen ausgesetzt sind.

Ich sehe es genauso wie unsere Bundesvorsitzende Katja Kipping: Auch ich habe die Petition unterstützt, weil niemand das Recht hat, andere Menschen durch eine Gewaltandrohung gefügig zu machen. Weil Demokratie aufrecht gehende

Menschen braucht, denen die Freiheit nicht durch den Entzug der nötigen Existenzmittel und durch die Ausgrenzung aus der Gesellschaft genommen werden darf.

In der Sache wird es in der nun anstehenden öffentlichen Anhörung um die Missstände im Bereich der Sanktionen gehen. Zum einen gibt es im Bereich der Anwendung der Sanktionsregeln bereits eklatante dauerhafte und wiederholte Rechtsverletzungen. Wer sich mit Rechtsbehelfen gegen eine Sanktionsentscheidung wehrt, wird in knapp der Hälfte der Fälle Recht bekommen. Das heißt, dass fast die Hälfte aller Sanktionierungen noch nicht einmal nach geltender Rechtslage in Ordnung ist.

Grundrechtswidrigkeit, Willkür und Rechtsbeugung sind das eine. Das andere ist: Die Androhung, das Existenzminimum entzogen zu bekommen, macht gefügig. Sie zwingt Erwerbslose, Jobs zu schlechten Bedingungen anzunehmen, mit niedriger Entlohnung und dequalifizierender Tätigkeit bis hin zu unentgeltlichen Praktika, Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs. Wer da nicht mitspielt, dem wird die soziale Leistung durch Sanktionen und Leistungseinschränkungen einfach gekürzt oder ganz entzogen.

Die Gewerkschaften haben inzwischen auch erkannt, dass das Hartz-IV-Regime mit seinen Sanktionen sogar die Erwerbstätigen unter Druck setzt. Wer möchte schon im Repressionsystem Hartz IV landen? Lieber akzeptiert man doch miese Arbeitsbedingungen, ist zu Lohnkürzungen oder zu mehr Arbeit zu gleichem Lohn bereit. Es herrscht der Horror: Bloß nicht in Hartz IV fallen. Die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen wäre also keineswegs nur für Erwerbslose und deren Familien von Interesse, sondern würde ein staatliches Droh- und Druckmittel gegen alle auf Erwerbsarbeit Angewiesenen beseitigen.

Auch die neue Koalition aus CDU/CSU und SPD wird nicht augenblicklich alle Sanktionen abschaffen. Es ist eher das Gegenteil zu erwarten. Die einzig konkrete Vereinbarung im Koalitionsvertrag besteht darin, das Leistungsrecht

zu prüfen. Es gibt aber bereits einen »Wunsch Katalog« der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Bereich Hartz IV. Dieser enthält eine Reihe neuer Verschärfungen und Schikanen für Hartz IV-Beziehende, und vor allem sogar teilweise Verschärfungen der Sanktionsregeln.

Was die Petition jetzt bewirken kann, ist die öffentliche Aufmerksamkeit bei unseren Mitbürgerinnen und -bürgern, bei den Medien, Verbänden und Parteien. Ein breiter gesellschaftlicher Diskussionsanstoß und Bewusstseinswandel sind kleine, aber wichtige Schritte zum politischen Erfolg. DIE LINKE hatte bereits in ihrem Wahlprogramm die Abschaffung aller Sanktionen gefordert. Zu dieser Forderung wird die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag auch in dieser Legislaturperiode einen erneuten Antrag in den Bundestag einreichen.

Wir haben auf Landesebene den Kampf gegen die Sanktionen mit einer Reihe parlamentarischer Anfragen unterstützt, mit denen wir das Ausmaß der rechtswidrigen Sanktionspraxis auch im Jobcenter team.arbeit.hamburg aufgeklärt haben. Wir hatten zuletzt auch einen eigenen Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft gestellt, die Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende in Hamburg zum einen sofort auszusetzen, zum anderen aber über eine Bundesratsinitiative im zweiten Schritt ganz abzuschaffen. Dieser Antrag hat zwar keine parlamentarische Mehrheit gefunden, er hat das Thema aber auch in Hamburg wieder bewegt.

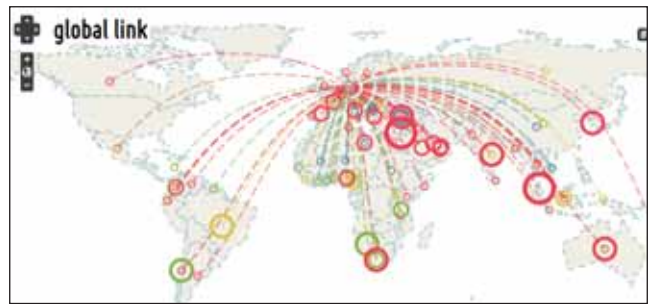
Wir werden die Petition von Inge Hannemann als neuerlichen Anstoß dazu aufnehmen, die verschiedenen Aktivitäten gegen das Sanktionsregime auch hier bei uns in Hamburg wieder besser zu vernetzen und damit eine noch erheblich breitere gesellschaftliche Bewegung gegen das Sanktionsregime zu organisieren. Parallel dazu werden wir gleich im Januar 2014 auch wieder das Thema »Sanktionen« in die Bürgerschaft einbringen, zunächst mit entsprechenden parlamentarischen Anfragen. Es gibt noch viel zu tun gegen die Sanktionen. Wir packen es an!

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Wer in den Tagen bis Weihnachten noch einige optisch-politische Highlights erleben möchte und ein Faible für vorweihnachtliche Rituale hat, findet auf der Website <http://hinzundkunt.de/adventskalender> schöne Anregungen. Hinter den Türchen verbergen sich nämlich Fotos und Angaben zu konkreten Leerständen von Wohnhäusern in Hamburg. Und wer schon mal vorausschauen möchte (Erinnerungen an die Kindheit werden wach), erfährt, »es ist noch nicht soweit«. Ein wunderbarer **Leerstandsadventskalender...**

Informationen über Hamburgs kommerzielle Seiten, über postkoloniale Relikte, über Energiefragen und Hamburg als Militarismus-Zentrale sind auf der regelmäßig gepflegten Website www.hamburg-global.de zu finden, dazu auch im Stadtplan und per Bild erfasste Hinweise. Die **Webmap Hamburg Global** »möchte das veranschaulichen, was oft im Verborgenen bleibt... Es ist ein Versuch, das komplexe Globale an konkreten Orten in Hamburg zu markieren«. Zudem: »Auf Webmap Hamburg Global kann man Orte der Globalisierung anschauen, selber eintragen oder kommentieren«, so die Betreiber dieser interaktiven Seite.



Und wo wir gerade bei interaktiven Seiten sind: Im Rahmen eines Projekts der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Landeszentrale für politische Bildung zu **NS-Zwangsarbeiterlagern in Hamburg** wurden alle Firmen-, Gemeinschafts-, Kriegsgefangenen-, Arbeitserziehungs- und Konzentrationslager während der NS-Zeit bzw. der Kriegsjahre 1939/45 unter <http://zwangsarbeit-in-hamburg.de/> mit Adresse und konkreten Angaben ins Netz gestellt und auf einem Stadtplan beeindruckend »dicht« verortet.

Über **Soziale Bewegungen und Prozesse der Veränderung** referiert am **Dienstag, den 14. Januar 2014**, Isabell Lorey, Gastprofessorin für Politische Theorie am Zentrum für Gender Studies der Universität Basel. Welches gesellschaftsverändernde Potenzial haben z.B. identitäts- und repräsentationskritische Bewegungen wie der EuroMayDay oder die globalen Platzbesetzungen seit 2011? Was bedeutet es, in Zeiten von Demokratie- und Finanzkrisen neue Formen der Solidarität zu finden wie beispielsweise in Griechenland oder Spanien? Die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung findet am Dienstag, 14. Januar um 19 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) statt.

In den letzten beiden Wochen hat die Linksfraktion noch einmal aufgedreht und **eine Reihe von Anträgen und Anfragen** eingebracht. Für Interessierte zugänglich sind die entsprechenden Dokumente in der Parlamentsdokumentation unter <http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/>.

Anträge gab es zur Anhebung der Wasserpreise (Drs. 20/9848), zur besseren ärztlichen Versorgung (20/10207), zum Erhalt und zur Verstärkung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte (20/10230), zu einem modernen Haushaltswesen für mehr Generationengerechtigkeit (20/10265), zur Windenergie (20/10268) sowie zur Verbesserung der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen (20/10276).

Ein Füllhorn an Informationen birgt die Senatsantwort auf die **Große Anfrage** der Linksfraktion zu Streichungen und Einsparungen in den Bezirken (Drs. 20/10024), mehr oder weniger interessant und ausführlich sind die **Kleinen Anfragen** beantwortet worden: zum Stintfang/Hafentor (20/10243), zu den ESSO-Häusern (20/10244), zur internationalen Gartenschau-Nachlese (20/10245), zu SAGA-Mieterhöhungen im Gefolge des neuen Mietenspiegels (20/10246) und zu mehrjährigen Leerständen am Beispiel des Gebäudes in der Koppel 95 (20/10250).

Nur eine – bedrückende – Information aus diesen Anfragen sei hier hervorgehoben: Hatten wir in Hamburg zum Zeitpunkt der Verkündung des Mietenspiegels 2009 noch 44,8% (= 233.946) **Wohneinheiten unter sechs Euro Quadratmetermiete netto-kalt**, waren es nur zwei Jahre später nur noch 32,7% (= 175.534). Mit der Bekanntgabe des Mietenspiegels 2013, also nochmals zwei Jahre später, waren diese günstigen Wohnungen auf einen Anteil von lediglich 24,3% (131.706) Wohneinheiten abgesackt (Angaben laut Drs. 20/10246 vom 17.12.2013).

Mietenspiegel 2013 und Kosten der Unterkunft



Demo gegen Mietenspiegel, 10.11.2012 (Foto: C. Hannen)

Am 12. November hat Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau den »Hamburger Mietenspiegel 2013« vorgelegt. Er sieht eine durchschnittliche Steigerung der Nettokaltmieten gegenüber 2011 um 5,7% vor. Frau Blankau hat dafür das Unwort der »Stagnation der Mietpreissteigerung« erfunden, betrug die Anstiegsrate von 2009 auf 2011 doch noch 5,8%. So kann frau sich den Mietenspiegel auch zurechtbiegen, denn Fakt bleibt: Die Mieten steigen erheblich schneller als die Inflationsrate und die Einkommenszuwächse.

Gleich nach Verkündung des Mietenspiegels hat die Fraktion der LINKEN beantragt, die Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) – d.h. die Mietobergrenzen für Hartz-IV-BezieherInnen – den erhöhten Mietenspiegelsätzen anzupassen, also um 5,7% zu erhöhen. Wir drucken hier die Neufassung dieses Antrages ab (Drs. 20/9940, s. unter a). Er wurde zusammen mit etwas später vorgelegten, aber durchaus ähnlich ausgerichteten Anträgen der GRÜNEN (Drs. 20/100098) sowie der SPD (Drs. 20/10099) am 27. November in der Bürgerschaft behandelt, alle drei Anträge wurden auf Antrag der LINKEN zur weiteren Bearbeitung in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überwiesen.

Doch die neuesten Entwicklungen belegen, dass der Senat (zumindest bisher) gar nicht daran denkt, die KdU-Sätze an die verteuerten Mieten anzupassen. Wir dokumentieren dies anhand einer aktuellen Pressemitteilung der Linksfraktion (s. unter b) und des Vergleichs der noch bestehenden KdU-Fachanweisung mit ihrer geplanten Neuregelung (s. unter c und d).

a) Nach dem Mietenspiegel ist vor der Mieterhöhung – umgehende Anpassung und Reform der Fachanweisungen zu den KdU-Höchstwerten

(Antrag der Linksfraktion vom 26.11.2013. Neufassung [Drs. 20/9940])

Der aktuelle »Mietenspiegel 2013« hat eine durchschnittliche Steigerung der Nettokaltmieten von 5,7 Prozent ergeben. Die Vermieter/-innen haben damit die Möglichkeit, umgehend Mieterhöhungen zu verlangen. Deshalb sind die Sätze in den bestehenden Fachanweisungen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII entsprechend den Steigerungen des Mietenspiegels unverzüglich um diesen Satz zu erhöhen.

Nachdem jahrelang keine Anpassung der Höchstwerte für Kosten der Unterkunft von Empfängern/-innen von Leistungen des SGB II und SGB XII erfolgte, kam es zum 1.4.2012 zu einer Anpassung, die für die betroffenen Menschen auch Verschlechterungen bedeutete. So wurde die Berücksichtigung der Baualtersklassen zugunsten von Pauschalwerten nach dem Mittel der Mietenspiegelwerte ersetzt. Dies führte dazu, dass die Anmietung von Altbauwohnungen und Wohnungen mit Baujahr nach 1994 häufig für Betroffene nicht mehr möglich gewesen ist.

Darüber hinaus bringen auch die angespannte Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt und die nach wie vor drastisch abnehmende Anzahl von Wohnungen mit Sozialbindung die Betroffenen häufig in eine ausweglose Lage. Die eigene Wohnung sei nach Maßgabe des Jobcenters zu teuer, aber eine neue, preiswertere Wohnung ist nicht zu finden. Bei re-

gelmäßigen Recherchen im Wohnungsportal »Immonet« sind häufig weniger als 20 und nur selten über 50 Wohnungen zu den bisher angemessenen Preisen verfügbar. Darunter sind viele Monteurswohnungen. In anderen Fällen wird bei der Besichtigung um das Mitbringen von aktuellen Gehaltsnachweisen gebeten, was Empfänger/-innen von Leistungen des SGB II und SGB XII regelmäßig ausschließt.

Auch ist die vom Bundessozialgericht geforderte Schlüssigkeit der bisherigen Regelungen zu den Kosten der Unterkunft zumindest infrage zu stellen. Das Bundessozialgericht nennt zwar beispielhaft auch einen Mietenspiegel als zulässiges Ermittlungsinstrument, jedoch erfüllt die pauschale Ermittlung der Höchstwerte, wie in den Fachanweisungen von 2012, die strengen Kriterien des Bundessozialgerichts nicht mehr.

Darüber hinaus besteht in Hamburg aufgrund der praktizierten Einheitsgemeinde ein erhebliches Demokratiedefizit. In Flächenstaaten ist aufgrund der Ermächtigung des § 22a SGB II häufig den Kommunen unter Beteiligung der kommunalen Gremien die Festlegung der Angemessenheitsgrenzen übertragen worden. In Hamburg entscheidet hingegen der Senat alleine.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Höchstwerte für die Kosten der Unterkunft in den Fachanweisungen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII unverzüglich um jeweils 5,7 Prozent zu erhöhen;

2. der Bürgerschaft bis zum 31. Januar 2014 eine umfangreiche Ist-Analyse der Bedarfe zu den tatsächlichen Kosten der Unterkunft, nach Wohnungsgröße, Rechtskreisen, Bezirken und Stadtteilen differenziert, vorzulegen;

3. in enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2014 die bisherigen Fachanweisungen zu überarbeiten und Fachanweisungen mit Richtwerten für die Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII zu erlassen, die mindestens

a) den Wegfall der Baualtersklassen wirksam ausgleichen,
b) Einzelfallentscheidungen bei der Bestimmung des angemessenen Wohnraums ermöglichen und fördern,

c) die Gültigkeit von Kostensenkungsaufforderungen bei erfolgloser Suche nach alternativem Wohnraum zeitlich begrenzen und bei erfolgloser Suche die bisherige Wohnung als angemessen einstufen,

d) in Stadtteilen mit Aufwertungsdruck eine Überschreitung der Richtwerte zulassen,

e) mietrechtlich zulässige Mieterhöhungen wegen Modernisierung als angemessen ansehen,

f) Bestandschutzregelungen auch bei nur kurzfristiger Arbeitsaufnahme weiter gelten lassen.

b) Senat lässt arme Mieter weiter im Regen stehen

(Pressemitteilung der Linksfraktion vom 13.12.2013)

Die Mieten in Hamburg steigen weiter, zuletzt belegt durch den Mietenspiegel 2013. Doch der Senat weigert sich, die Fachanweisungen zu den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende an die gestiegenen Kosten anzupassen. Das geht

aus dem Entwurf für eine Neuregelung der Fachanweisungen hervor, der der Fraktion DIE LINKE zugespielt wurde. »Für die Neuregelung sind zwar umfangreiche Änderungen vorgesehen. Aber allein bei der Frage der Höchstwerte soll alles beim Alten bleiben – die Mieten steigen, die Sätze für die Mieterinnen aber nicht«, kritisiert Tim Golke, Sprecher für Arbeitsmarkt und Hartz IV der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. »Damit sind wieder einmal Zwangsumzüge und Zwangsräumungen programmiert. Aber der Senat lässt die betroffenen Menschen einfach weiter im Regen stehen.« Die Fraktion DIE LINKE fordert den Senat daher auf, die Höchstwerte für die Kosten der Unterkunft unverzüglich um mindestens 5,7 Prozent zu erhöhen.

c) Aus der gültigen KdU-Fachanweisung

Bei **Bedarfsgemeinschaften** (§ 7 SGB II zur Definition) ist zur Ermittlung des einschlägigen Höchstwertes auf die Anzahl der dazugehörigen Personen abzustellen. Bei Wohngemeinschaften sind für deren Bewohner jeweils die Vorgaben für 1-Personen-Haushalte maßgeblich. Eine Wohngemeinschaft ist anzunehmen, wenn zwar eine Wohnung gemeinsam genutzt wird, die Bewohner jedoch keine Bedarfsgemeinschaft bilden.

Höchstwerte

Haushaltsgröße	angemessene Nettokaltmiete
1-Personen-Haushalt	327,00 Euro
2-Personen-Haushalt	392,40 Euro
3-Personen-Haushalt	493,50 Euro
4-Personen-Haushalt	559,30 Euro
5-Personen-Haushalt	659,60 Euro
6-Personen-Haushalt	741,20 Euro
Jede weitere Person	81,60 Euro

Bestandsschutzregelung

Sofern die auf einen Haushalt anwendbaren Höchstwerte nach Anpassung an den Mietenspiegel 2011 gesunken sind, besteht für die betroffenen Leistungsberechtigten Bestandschutz: Die zuvor als angemessen anerkannten Kosten für die Nettokaltmiete sind weiter als angemessen zu übernehmen. Mieterhöhungen für solche Wohnungen sind in Zukunft ebenfalls als angemessen zu übernehmen, sofern die Erhöhung mietrechtlich zulässig ist.

d) Alles bleibt beim Alten...

(Aus der geplanten Neuregelung der KdU-Fachanweisung)

1.2 Höchstwerte:

Haushaltsgröße	angemessene Nettokaltmiete
1 Personen-Haushalt	327,00 Euro
2 Personen-Haushalt	392,40 Euro
3 Personen-Haushalt	493,50 Euro
4 Personen-Haushalt	559,30 Euro
5 Personen-Haushalt	659,60 Euro
6 Personen-Haushalt	741,20 Euro
Jede weitere Person	81,60 Euro

Ein soziales Wandsbek gemeinsam gestalten

Von Julian Georg, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Wandsbek



Julian Georg vor dem nicht mehr stadtteiligen Rathaus in Wandsbek

Wandsbek, im Hamburger Nordosten, ist der größte Bezirk in Hamburg und mit über 400.000 EinwohnerInnen in etwa so groß wie Island oder die Ruhrgebietsstadt Duisburg. Auch in Wandsbek gibt es wie in anderen Bezirken eine starke soziale Spaltung zwischen Arm und Reich. Doch nirgendwo wird diese soziale Spaltung geographisch so deutlich wie in Wandsbek. Der Bezirk teilt sich in einen »reichen« Norden und einen »armen« Süden. So leben in den nördlichen Stadtteilen des Bezirks gerade einmal 7% der Hartz-IV EmpfängerInnen Wandsbeks, während es in den nördlichen Stadtteilen 93% sind. Diese regionale Ausprägung kann man auch in anderen Statistiken wiederfinden, wie z.B. bei der Einkommensverteilung, der Arbeitslosenzahl und auch bei der Wachstumsdynamik.

Die Linksfraktion in Wandsbek betont unermüdlich, dass diese soziale Spaltung keiner Eigendynamik entsprungen ist, sondern politisch verschuldet und das Ergebnis einer Bundes- und Landespolitik ist, die grundlegend falsche Schwerpunkte gesetzt hat. Natürlich ist es schwer, kommunale Politik in Sparzwängen zu gestalten. Die Linksfraktion hat den Bezirksamtsleiter aufgefordert, tätig zu werden.

Am Beispiel von Jenfeld lässt sich die soziale Spaltung sogar innerhalb eines Stadtteils exemplarisch darstellen. Der Sozialraumbericht attestiert einem Teil des Stadtteils Stabilität, während der andere Teil nicht nur vor sozialen Problemlagen steht, sondern sogar eine negative Tendenz aufweist. In der Bezirksversammlung setzt sich die Linksfraktion dafür ein, dass die gute Arbeit der sozialen Institutionen im Stadtteil unterstützt und gestärkt wird. Primäres Ziel, und zwar im ganzen Bezirk, nicht nur in Jenfeld, muss es sein, zumindest den Sta-

tus quo zu erhalten und mittelfristig die soziale Infrastruktur zu stärken. Das geht nicht nur durch ein großes Bauprojekt wie die »Jenfelder Au«, sondern es erfordert die notwendige Unterstützung und die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern vor Ort. Umso erstaunlicher war ein Antrag der SPD-Fraktion, der diese soziale Spaltung treffend analysierte, als Lösung jedoch lediglich die Ausweitung des Quartiersfonds und die Ansiedlung einer Fachbehörde im Wandsbeker Süden propagierte. Wandsbek fehlt es mehr denn je an einem durchdachten Konzept für eine soziale Ausgewogenheit.

Auch das Thema Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen beschäftigt die Politik in Wandsbek. Wandsbek ist mit ca. sechs AsylbewerberInnen auf 1.000 EinwohnerInnen der Bezirk mit der hamburgweit niedrigsten Quote ist. Insbesondere im Jahr 2014 wird die Zahl der wohnungssuchenden AsylbewerberInnen steigen, sodass Wandsbek dringend Flächen finden muss, um seinen Teil an der Verantwortung der Stadt für diese Menschen zu erbringen. Jedoch stellt die Linksfraktion nicht nur die Frage nach der Quantität, sondern auch nach der Qualität der Unterbringung. Man muss hinterfragen, ob Unterkünfte, in denen über 400 Personen auf kleiner Fläche zusammengepfercht sind, wirklich dem Ziel einer Integration von Flüchtlingen gerecht werden. Neben einer angemessenen personellen Betreuung, insbesondere auch einer psychologischen und rechtlichen Beratung, fordert die Linksfraktion regelmäßig, dass das mittel- bis langfristige Ziel nur eine Unterbringung in eigenem Wohnraum sein kann, so wie es in anderen Städten Deutschlands bereits erfolgreich praktiziert wird. Auch fordert die Linksfraktion ein, dass alle Stadtteile in die Suche nach geeigneten Flächen mit einbezo-

gen werden, auch und vor allem der »reiche« Norden.

Dieses Thema bringt unweigerlich ein weiteres Thema mit sich, das die ganze Stadt betrifft: Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Es wird zwar ein wenig getan, doch zeigt eine Anfrage der Linksfraktion in Wandsbek eindeutig: Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Wenn vor diesem Hintergrund eine ideale Fläche für Wohnungsbau in Volksdorf an einen Investor vergeben wird, der luxuriöse Eigentumswohnungen baut, löst dies bei vielen zu Recht Kopfschütteln aus.

Quartiere brauchen eine gute Infrastruktur und eine gute Verkehrsanbindung. Hier steht die Wandsbeker Politik ungewohnt zusammen und hat die Idee einer Stadtbahn für die Stadtteile Steilshoop und Bramfeld noch nicht aufgegeben. Für viele HamburgerInnen hat dieses Thema vielleicht keine Priorität, doch für Wandsbek bleibt sie weiterhin eine wichtige Perspektive. Gerade in Zeiten, in denen der Individualverkehr immer noch weiter zunimmt, ist es wichtig, nach neuen Möglichkeiten einer Verkehrsführung zu suchen. Steilshoop und Bramfeld liegen hier besonders im Fokus, da den Menschen in diesen Stadtteilen seit Jahrzehnten eine Schienenanbindung versprochen wurde und die Busse stark überfüllt sind.

Überraschenderweise – und man muss schon fast sagen leider – steht Wandsbek hamburgweit für den Irrsinn der Pri-

vatisierung öffentlicher Gebäude. Auf beharrliches Nachfragen der Linksfraktion wurde deutlich, dass die Stadt das traditionsreiche Rathaus Wandsbek an einen privaten Immobilienfonds verkauft hat und es seitdem für die Nutzung zurückmietet.

Wenn man den Wert der Immobilie und die jährlichen Mietzinsen gegenüberstellt, so errechnet sich leicht, dass die Stadt ab 2019 jährlich ca. eine Million Euro Verlust machen wird. Der Mietvertrag läuft aber bis 2031 und ist erstaunlicherweise ohne Rückkaufsrecht. Wir werden dann sehen, ob das Bezirksamt noch »Herr im eigenen Hause« sein wird.

Insgesamt ist es schwierig, in einem Bezirk von dieser Größe Politik zu gestalten, wenn man von so vielen und starken Zwängen umgeben ist. Das Motto, das sich die Linksfraktion Wandsbek gegeben hat, ein soziales Wandsbek gemeinsam zu gestalten, spricht für sich. Der Bezirk ist eine eigene Großstadt, mit vielen Grün- und Erholungsflächen, mit regionaler und überregionaler Wirtschaft, mit Wohnquartieren unterschiedlicher Prägung und mit Menschen aus den verschiedensten Kulturen und Sozialisationen. Diese Vielfalt zu erhalten und daran zu arbeiten, dass in Zukunft alle Menschen diese Vielfalt leben und genießen können, ist keine leichte Aufgabe. Mit drei Abgeordneten arbeitet DIE LINKE mit außerparlamentarischen Kräften zusammen und erinnert die anderen Fraktionen daran, Politik nicht nur zu verwalten, sondern mehr zu gestalten.

Das Altonaer Manifest steht



AltonaerInnen auf der Straße, 2013 (Foto: <http://pop-polit.com>)

So hieß es am 20. November, als nach mehrmonatiger Debatte eine Art Grundsatzdokument »Für eine sozial gerechte Stadtentwicklung« veröffentlicht wurde. Im BürgerInnenbrief vom 27. Juni 2013 haben wir schon einmal eine frühere Version aufgenommen, hier nun aber die endgültige und auch als Flyer zirkulierende Fassung. Das »Altonaer Manifest«, dessen zentrale Forderung lautet: »Bürgerwillen verbindlich machen«, ist mittlerweile von 28 Initiativen (darunter die Links-

fraktion Altona) sowie 216 Einzelpersonen unterzeichnet worden (darunter gleich mehrere Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN). Den Text, den UnterzeichnerInnenstand und weitere Infos gibt es unter www.altonaer-manifest.de. Das Dokument kann weiterhin unterschrieben werden. Und es bietet vielleicht anderen Stadtteilen oder Bezirken eine Anregung, ähnliche Forderungspakte oder Manifeste zu entwickeln.

Altonaer Manifest für eine sozial gerechte Stadtentwicklung

Präambel

Demokratie braucht engagierte Menschen. Wir haben uns eingebracht, mitgeredet und abgestimmt in Bezirksversammlungen oder in den von Politik und Verwaltung so aufwendig inszenierten Bürgerbeteiligungsverfahren.

Die Menschen unseres Stadtteils können und wollen sich engagieren. Das belegen Orte wie z.B. das Museum oder der Grünzug Altona (Moorburgtrasse). Ohne den vehementen Einsatz unterschiedlicher Initiativen wären diese Orte nicht erhalten. Heute rühmen sich Politiker dafür. Wir haben uns kaum vorstellen können, in welchem Ausmaß Lügen und Falschinformation verbreitet werden und Politiker und Verwaltung ihre eigenen Gesetze missachten! Politik und Verwaltung haben bei Fragen der Stadtentwicklung durchaus Möglichkeiten, unsere Interessen zu vertreten. Wir geben Politikern keinen Freibrief, nach der Wahl zu tun und zu lassen, was sie wollen.

Wohnen ist ein Grundrecht

Wohnraum ist kein Spekulationsgut. Wir wünschen uns Zustände, wo jeder und jede mit einer Belastung von nicht mehr als 20% des Einkommens eine geeignete Wohnung dort finden kann, wo er oder sie wohnen möchte.

WIR FORDERN

- Mietpreisdeckelung
- Keine Befristung von Mietpreisbindungen bei Sozialwohnungen
- Mieteinnahmen aus kommunalem Wohnungsbau dürfen ausschließlich zu Instandhaltung und Neubau kommunaler Wohnungen verwendet werden
- Leerstand beschlagnahmen und dem Wohnzweck zuführen
- Lebensqualität durch Reduzierung von Emissionen (Lärm, Abgasen, Feinstaub etc.) verbessern
- Förderung lokaler Ökonomie
- Förderung der Vielfalt produzierenden Kleingewerbes und inhabergeführten Einzelhandels zur Sicherung des Alltagsbedarfs
- Öffentliche Räume erhalten und erweitern
- Erhalt und keine Privatisierung öffentlicher Flächen und Räume wie zum Beispiel Grün- und Kleingartenflächen, Spiel-, Sport- und Schulgeländen
- Bundeswehr-Liegenschaften wie Kasernen für kommunalen Wohnungsbau, Bunker für Gewerbe sowie soziale und kulturelle Einrichtungen nutzen
- Öffentlichen Nahverkehr und Radwege ausbauen
- Optimale Nahverkehrsanbindung der bevölkerungsreichen Stadtteile Osdorf und Lurup
- Erhalt des Altonaer Regional- und Fernbahnhofes an seinem zentralen Standort
- Strukturelle Förderung des Fuß- und Radverkehrs
- Instandsetzung und Erweiterung des Radwegenetzes
- Kein Ausbau des motorisierten, individuellen Verkehrs durch Ausbau von Straßen
- Förderung von autofreiem Wohnen
- Gemeinwesen gemeinsam regeln
- Transparenz bei Planungsvorhaben von Anfang an, statt Ausschluss der Öffentlichkeit durch Vertraulichkeit
- Strikte Einhaltung des Planungs- und Baurechts
- Direkte Gestaltungsmacht für betroffene Menschen, die sich engagieren
- Öffentliches Klagerecht für alle (bei Verstoß gegen Planungs- und Baurecht)
- Keine Evokation von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden

Wir verstehen unter echter Bürgerbeteiligung nicht nur Information über bereits weitgehend beschlossene Vorhaben, sondern Mitgestaltung und Entscheidungsmacht für alle unmittelbar Betroffenen von Anfang an.

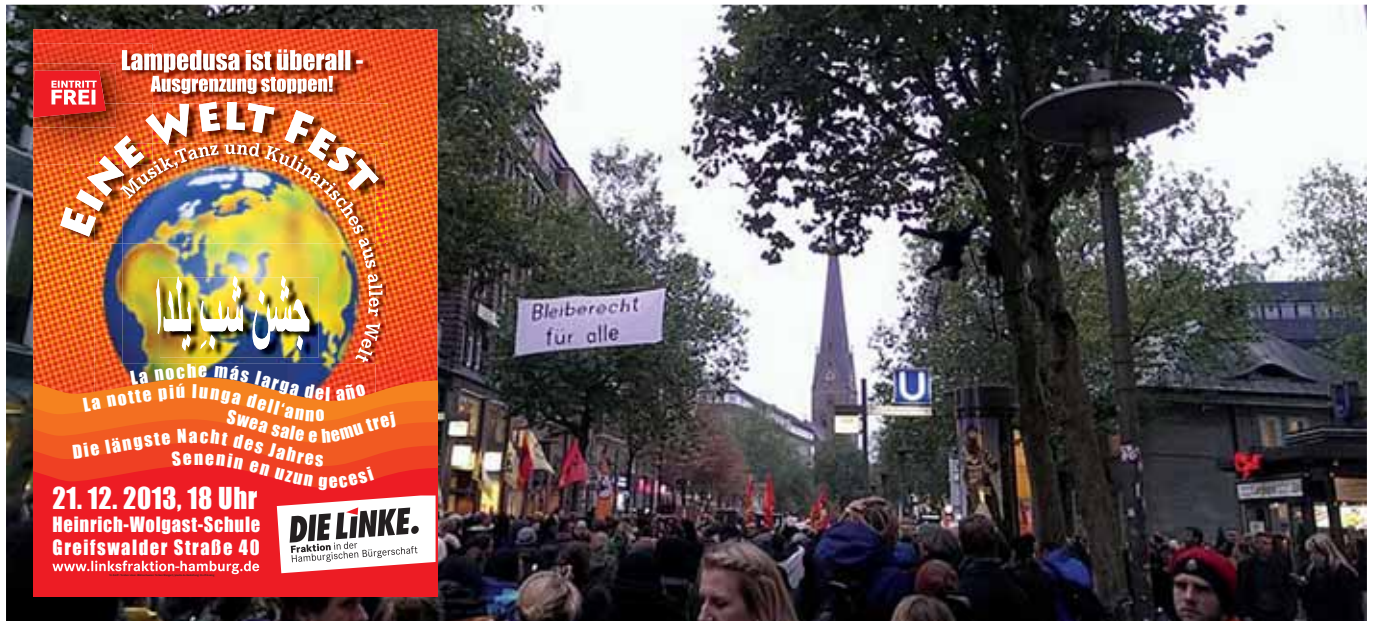
Wir Altonaer brauchen und fordern Beteiligung der Menschen am demokratischen Prozess.

Wir lassen uns nicht weiter unseres öffentlichen Eigentums und unserer Handlungsmöglichkeiten berauben.

Eigentum verpflichtet. Wir sind dem öffentlichen Eigentum verpflichtet, das uns allen gehört. Es dürfen nicht ausschließlich diejenigen bestimmen, die mit ihrem Geld plus unseren Steuergeldern ihren privaten Besitz erhalten und mehren.

Damit wir in Zukunft wirklich Mitgestaltungsmacht haben, fordern wir bei Bürgerbegehren und -entscheiden Stimmrecht für ALLE hier im Stadtteil lebenden Menschen. Wir fordern: Bürgerwillen verbindlich machen!

Kultur Tipp: Das »Eine-Welt-Fest«



Großdemo für Lampedusa in Hamburg am 2.11.2013 (Foto: wikipedia)

Weil es eine schöne Gelegenheit ist, ein bewegtes Jahr ausklingen zu lassen und ein neues kämpferisches Jahr einzuläuten, übernehmen wir gerne die Einladung zum »Eine Welt-Fest«, das am Samstag, 21. Dezember, ab 18 Uhr in der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg stattfindet. Es steht in diesem Jahr unter dem Motto »Lampedusa ist überall - Ausgrenzung stoppen« und bietet Musik, Tanz und Kulinarisches aus aller Welt.

Wir zitieren aus dem Aufruf der LINKEN anlässlich des Festes: »300 libysche Flüchtlinge aus Italien warten seit 6 Monaten auf Anerkennung und Aufnahme von offizieller Seite in der Stadt. Zigtausende Hamburgerinnen und Hamburger haben sie längst als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrer Mitte aufgenommen und Solidarität mit ihnen praktiziert. Sie fordern für die Lampedusa-Flüchtlinge ein humanitäres Aufenthaltsrecht nach § 23 AufenthG.

Doch der Senat will - bisher - nicht einlenken. Unsicherheit, Rechtlosigkeit und die Perspektive der Abschiebung, die den Alltag der allermeisten Flüchtlinge bestimmen, sollen auch für die Gruppe »Lampedusa in Hamburg« gelten. Das ist die knallharte Linie von Bürgermeister Scholz und Innenminister Neumann. Gesetzliche Spielräume für ein Bleiberecht werden nicht ausgeschöpft, weder für die Lampedusa-Flüchtlinge, noch für andere Flüchtlinge. (...)

Ein »Weiter so!« in der Flüchtlingspolitik darf es nicht geben. Die UN-Generalversammlung hat am 10. Dezember 1948,

unter dem Eindruck der Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Diktatur den »Tag der Menschenrechte« beschlossen, um zu einer Welt beizutragen, in der »Menschen frei von Furcht und Not« leben können. Am 18. Dezember 2000 hat die UN-Vollversammlung den »Internationalen Tag der Migration« ausgerufen zum Schutz der Rechte aller Migranten. (...) Diese Gedenktage im Dezember nehmen wir seit fünf Jahren zum Anlass, um den hier in Hamburg lebenden MigrantInnen und Flüchtlingen unsere Solidarität zu zeigen und ihre Forderungen zu unterstützen und mit ihnen ein internationales Fest zu feiern!

DIE LINKE tritt ein für einen grundlegenden Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik - in Hamburg, im Bund, in Europa!

- Wir unterstützen die Forderung nach einem humanitären Bleiberecht für die Lampedusa-Flüchtlinge.
- Wir fordern weltweit eine gerechte Entwicklungszusammenarbeit und ein Ende der Ausplünderung Afrikas und anderer Regionen der Welt und ein Ende der Waffenlieferungen, die Kriege befeuern.
- Für ein Ende der Abschottungs- und Abwehrpolitik an den EU-Außengrenzen.
- Für die Aufhebung des Dublin-II-Abkommens: Asylsuchende sollten sich das Land aussuchen können, in dem sie Asyl beantragen.
- Für die solidarische Aufnahme und Unterstützung aller Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen.«

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.